



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buß, J. P.: Bismarck und die italienische Politik : zum Jahrestage der
italienischen Kriegserklärung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarck und die italienische Politik

Zum Jahrestage der italienischen Kriegserklärung

Von J. P. Buß

„Ich wünsche, daß unsere politischen Sympathien unwandelbar sein mögen, denn ebenso wie wir gemeinsame Freunde haben, sind auch unsere Feinde die Ihren.“

(Brief Crispi an Bismarck vom 1. Januar 1889;
Crispi: „Memoiren, Erinnerungen und Dokumente“)



Als im Frühjahr 1866 Bismarck in Berlin mit dem italienischen General Cavonne verhandelte, war dieser erschrocken, als der Kanzler den Wunsch äußerte, der General möge zu Hause anfragen, ob er auch gegen napoleonische Verstimmungen auf Italiens Vertragstreue rechnen dürfte. Cavonne erwiderte, daß eine solche Rückfrage an demselben Tage nach Paris telegraphiert werden würde, mit der Anfrage, „was man antworten solle?“ Die Fügsamkeit und Abhängigkeit Italiens von Frankreich war von Bismarck voll und ganz erkannt worden. Die öffentliche Meinung wie die Regierung Italiens waren von dem Glauben an die „Wohltaten“ beseelt, die schon Napoleon der Dritte den Italienern erwiesen hatte. In einer leidenschaftlichen Verböhrtheit erkannte man nicht, daß für Napoleon die Unterstützung Italiens im Kriege von 1859 nichts als ein Geschäft war, man sah nicht, daß im Grunde Napoleons Ziel ein uneiniges, der Herrschaft Osterreichs entrissenes und Frankreich tributpflichtiges Italien war, man sah nicht, daß Napoleon durch die Wegnahme von Savoyen und Nizza der eigentliche Gegner der so heiß ersehnten natürlichen Grenzen Italiens geworden war. Crispi stand fast vereinsamt in der Erkenntnis, daß, bei aller Bewunderung des Geistes und der Kultur des französischen Volkes, schon der geschichtlichen Tradition gemäß, ein starkes und geeintes Italien, „in Frankreich

nur einen anmaßenden Gegner finden würde.“ Erst die Art und Weise, wie Frankreich in Tunis vorging, um den italienischen Einfluß auszuschalten, hatte einen völligen temporären Umschlag in der öffentlichen Meinung Italiens herbeizuführen vermocht.*)

Im September 1877 stellte Crispi (der damals Präsident der italienischen Kammer war) in einer Unterredung mit Bismarck die Frage: „Ich bin beauftragt, Sie zu fragen, ob Sie geneigt sind, mit uns einen Vertrag eines eventuellen Bündnisses für den Fall einzugehen, in welchem wir gezwungen wären, uns mit Frankreich und Österreich-Ungarn zu schlagen.“ Der Kanzler erwiderte: „Würde Italien von Frankreich angegriffen, so würde sich Deutschland solidarisch erklären und sich mit Ihnen gegen den gemeinsamen Feind verbünden. Hoffen wir aber — so fügte er hinzu —, daß es keinen Krieg geben wird, und daß wir den Frieden aufrechterhalten können. — Österreich gegenüber liegt die Sache anders. Ich möchte den Fall gar nicht annehmen, daß es uns feindlich sein könnte; ja, ich will Ihnen sogar offen sagen, daß ich diese Möglichkeit nicht einmal hypothetisch voraussetzen will. Morgen kommt Graf Andrassy zu mir, und im Gespräch mit ihm will ich ihn auf mein Wort beruhigen, daß ich sein Freund bin, und daß ich mich keinem gegenüber verpflichtet habe.“

In jener wie in allen nachfolgenden Unterredungen mit Crispi war Bismarck in jeder Hinsicht bemüht, klarzulegen, daß Deutschland nur von dem Gedanken beseelt sei, mit der habsburgischen Monarchie in aufrichtigster Freundschaft zu stehen, und daß Italien alles vermeiden müßte, was darauf ausginge, dieses Einvernehmen zu trüben. Nur unter solchen Umständen liege eine Annäherung Italiens an Deutschland im Bereiche der Möglichkeit. Crispi war klug genug, dies einzusehen, versuchte aber dennoch, Einräumungen zu machen: „Glauben Sie, daß Österreich immer Ihr Freund bleiben wird? Jetzt braucht es Sie, um den von 1866 erlittenen Schaden wieder gut zu machen, denn Sie allein können ihm den Frieden zusichern, ohne den es nicht seine Finanzen regeln, sein Heer nicht neu errichten kann. Aber Österreich kann weder die Vergangenheit vergessen, noch den neuen deutschen Kaiser mit freundlichem Auge anblicken.“

Auf die Orientfrage übergehend, konstatierte Crispi, die Italiener hätten an der Lösung dieser Frage kein so geringes Interesse wie Bismarck. Würde Rußland, um die Freundschaft Österreichs sich in einem Kriege gegen die Türkei zu sichern, diesem Bosnien und die Herzegowina anbieten, so könnte Italien nicht erlauben, daß Österreich diese Länder besetze. Denn Italien wäre im Kriege von 1866 ohne Grenzen nach den Dostalpen geblieben; und wenn Österreich neue Provinzen erhielte, die seine Position im Adriatischen Meer ver-

*) Die dadurch geschaffene Situation habe ich in meinem soeben im Verlage von Jos. C. Huber erschienenen Buche: „Die italienische Frage und die Centralmächte im letzten Jahrhundert bis zur Gegenwart“ klarzulegen versucht.

stärkten, bliebe Italien, so oft es dem Nachbarreiche gefiele, einer Invasion ausgesetzt. Bismarck sollte daher den Grafen Andrassy von jedem Verlangen nach einer Eroberung im ottomanischen Gebiet abbringen.

Der Kanzler war hingegen keineswegs gewillt, ein solches Zugeständnis zu machen, er verhielt sich vielmehr abweisend: „Österreich verfolgt eine gute Politik, und ich darf glauben, daß es dabei bleibt.“ Und als Crispi weitergehend die unverhohlene Äußerung tat, eine Provinz an der Adria genüge dem italienischen Volke nicht als Kompensation für eine Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich, denn Italien habe keine Grenzen nach Osten, wurde Bismarck sehr deutlich: „Nein, ich will weder die bosnische Frage und noch viel weniger die Ihrer Ostgrenzen berühren. Lassen wir sie jetzt. Ich möchte nichts berühren, was dem Grafen Andrassy mißfallen könnte; denn ich will ihn mir als Freund bewahren.“

Im Jahre 1877 hatte Italien den günstigsten Augenblick für einen Anschluß an Deutschland, das noch keine Verpflichtungen eingegangen war, verpaßt. Denn erst 1879, als Bismarck vor die Wahl zwischen Rußland und Österreich gestellt war, kam das deutsch-österreichische Bündnis zustande. Crispi, der alles versucht hatte, um die italienische Regierung zum Abschluß eines solchen Bündnisses zu bewegen, schreibt hierüber treffend: „Ein deutsch-italienisches Bündnis hätte Italien, abgesehen von allen anderen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Vorteilen, auf dem Berliner Kongreß dazu verholfen, seine Rechte vertreten zu können; es hätte das spätere österreichisch-deutsche Bündnis nicht verhindert; aber nicht Italien, sondern Österreich-Ungarn wäre als Dritter Deutschlands Bündnisssystem beigetreten, Italien wäre die Demütigung erspart geblieben, die ihm im Jahre 1882 auferlegt wurde, sich erst nach Wien wenden zu müssen, um in Berlin Gehör zu finden; endlich hätte Frankreich im Jahre 1878 nicht „carte blanche“ zur Einnahme von Tunis erhalten, und es hätte nicht gewagt, auf dem Recht des Stärkeren fußend, Italien zu erniedrigen.“ (Crispi: Memoiren S. 91).

Andererseits waren diese Unterredungen Crispis, die er in seiner Eigenschaft als Kammerpräsident führte, dazu angetan, den Verdacht der französischen Presse und Regierung zu erregen. Der Präsident der italienischen Volksvertretung hatte die politische Notwendigkeit eines deutsch-italienischen Bündnisses erkannt, nicht aber das italienische Ministerium (Depretis, Cairoli), wie gleichermaßen der größte Teil der italienischen Presse, die beide auch angeichts der Aktion Frankreichs in Tunis noch an den freundschaftlichsten Beziehungen mit der romanischen Schwesternation festzuhalten gewillt waren. Die „Opinione“, eines der bedeutendsten Organe der Gemäßigten, ging sogar soweit, der italienischen Regierung vorzuwerfen, daß sie auf Kosten der Würde Italiens gute Beziehungen zu dem Berliner Kabinett unterhalte. Die Abmachungen über das Schicksal von Tunis waren eine Tatsache; weder das englische Kabinett noch Bismarck waren infolge der Unbeständigkeit und Unsicherheit der aus-

wärtigen Politik Italiens Gegner der Besiznahme von Tunis durch Frankreich. Bismarck suchte in manchem Betracht auf dem Berliner Kongreß Deutschlands Vorteil in möglichster Wahrnehmung der Interessen Rußlands, um die Gegnerschaft Rußlands nicht zu provozieren. England setzte sich in den Besitz der Insel Cypern, Osterreich-Ungarn erwarb Bosnien und die Herzegowina und Frankreich erhielt durch geheime Vereinbarung das Recht, Tunis zu besetzen. Er hatte nicht den geringsten Grund, sich um die Bestrebungen und Bedürfnisse Italiens zu kümmern, dessen offizielle auswärtige Politiker mit Osterreich und Deutschland aus Rücksicht auf Frankreich keine reale Verständigung anbahnen wollten und die durch die mehr oder weniger stillschweigende Duldung der irredentistischen Bewegung Italien nur schädeten.

So stand Italien in den Jahren von 1878 bis 1881 in völliger Isoliertheit. Crispi war immer entschiedener Gegner der Irredenta; er verurteilte jegliche irredentistische Bestrebung, deren Vertreter vielfach an den höchsten Stellen der italienischen Regierung zu finden waren, wie den irrigen Glauben der Irredentisten, sie könnten das Trentino und Triest den Osterreichern mit den Waffen entreißen. Er war der Meinung, daß Italien das größte Interesse daran habe, sich seine natürlichen Grenzen zu erringen, aber er wußte, daß „für die Regelung dieser Frage nur die Diplomatie zuständig ist, und daß die Irredenta nichts anderes erreichen würde, als ihre Lösung ins Endlose zu verschleppen.“

Wie es das gewaltige und großartige Endziel der auswärtigen Politik des großen Kanzlers war: dem latenten, seit Jahrhunderten bestehenden Gegensatz zwischen England und Rußland immer wieder neue Reibungsflächen unterzuschieben, so war es für ihn ein Postulat von nicht minder großer Bedeutung geworden, die ehrgeizigen Bestrebungen der Franzosen von der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens abzulenken durch Gewährung materieller kolonialer Entschädigungen in Nordafrika. In diesem Sinne berichtete schon am 20. November 1880 der italienische Botschafter in Paris, Cialdini, nach Rom: „Der vom Fürsten Bismarck aus Europa vertriebene französische Einfluß hat sich in Afrika festgesetzt, wo keine Gefahr besteht, mit Deutschland zusammenzustößen. Es wird uns nicht gelingen, von Frankreich irgendeine Konzession durch Überredung und durch diplomatische Wendungen zu erreichen. Das ist seit langer Zeit meine Überzeugung. Die französische Republik weiß genau, daß diese Politik uns verletzt und uns voneinander entfernt, — aber es muß offen gesagt werden, daß sie sich darum nicht kümmert.“

Ungeachtet solcher Erklärungen konnte sich die italienische Regierung von der traditionellen Sympathie für Frankreich nicht entfernen, und war noch im April 1881 von der Aufrichtigkeit der offiziellen französischen Enthüllungen fest überzeugt, wonach die französische Regierung „nicht im geringsten an eine ständige militärische Besetzung und noch viel weniger direkt an eine Annexion von Tunis denke“. Aber Crispi warnte ungehört: „Es hieße die Welt-

geschichte vergessen, wenn man glaube, daß die französischen Truppen Tunis verlassen würden, nachdem die rebellischen Stämme bestraft worden wären." Wenige Wochen darauf hatte sich Frankreich die Regentschaft von Tunis erobert, die Geringschätzung und Ohnmacht Italiens, das in Tunis bedeutend wichtigere und berechtigtere Interessen als Frankreich besaß, vor aller Welt offen dartuend.

Der neue Minister des Auswärtigen, Mancini, sah für Italien den einzigen Ausweg, um sich vor weiteren Übergriffen Frankreichs zu schützen, in der Rückkehr zu einem Bündnis mit Deutschland. Aber Fürst Bismarck hatte in restloser Ausnützung eines glänzenden diplomatischen Schachzuges auf den jetzigen, selbst in den Augen der italienischen Regierung nottuenden Vorschlag, „betreffs der Möglichkeit, den Beziehungen zwischen Italien und Deutschland den Charakter größerer Vertraulichkeit zu geben und auf ein wirkliches Bündnis hinzuarbeiten,“ die unzweideutige Antwort erteilt, „daß der Weg nach Berlin über Wien führe, und daß Italien vor allem auch dort die besten Beziehungen anknüpfen müsse, wenn es die Bande alter Freundschaft mit Deutschland erneuern wollte.“

So kam in einer Epoche größter politischer Not und Isoliertheit Italiens der Dreibund zustande. Crispi schrieb beim Abschluß des Dreibundvertrages: „Bismarck sieht nur zwei Feinde, die das Reich bedrohen: Frankreich und Rußland. Und er wählt seine Verbündeten im Hinblick auf einen Krieg, der von diesen beiden Mächten kommen konnte. Unlöslich ist er mit Österreich verbündet, und er arbeitet daran, durch eine Heeresreform eine starke Macht in der Türkei zu gründen.“ Um Italien kümmerte sich der Kanzler im Grunde genommen wenig. Daraus erhellt die zu allen Zeiten in der öffentlichen Meinung Italiens herrschende Verständnislosigkeit der auswärtigen Politik Bismarcks, die wegen der angeblichen Verachtung der Italiener durch den Kanzler oft als mißtrauisch und gefährlich hingestellt wurde.

In Wirklichkeit war die Politik Bismarcks gegenüber Italien solcher Art, daß sie darauf ausging, Italien an sich zu fesseln und Frankreich zu isolieren. Aus Erwägungen gleicher Art glaubte er in einer italienisch-englischen Verständigung eine gewisse Garantie erblicken zu dürfen, England die Möglichkeit einer Unterstützung der französischen „Revanche-Politik“ zu versperren.

Aus allen Unterredungen Bismarcks und Crispis in Friedrichsruh klingt es immer wieder heraus: Wir arbeiten für die Erhaltung des Friedens und leben für nichts anderes, denn wir haben genug für den Krieg getan. „Wirken wir jetzt für den Frieden und wirken wir vereint.“ In den Jahren, in denen die verantwortliche Politik Italiens den Händen Crispis anvertraut worden war, beherrschte seine ganze Persönlichkeit den politischen Horizont des jungen Königreiches. Er verehrte Bismarck als den Mann, der dreißig Jahre lang gearbeitet hatte für die Größe seines Vaterlandes, der wußte, was er wollte, „und der, was er wollte, mit der ganzen Kraft seines Willens wollte.“ Man hatte Crispi infolge seiner Unterredungen in Friedrichsruh, besonders von französi-

scher Seite, Konspirationen unterschrieben wollen. Er äußerte sich zu solchen Auslassungen: „Mag sein. Will man es so nennen, nun gut: wir haben uns in Friedrichsruh verschworen, aber verschworen für den Frieden, und daher können alle, die dieses hehre Gut lieben, an dieser Verschwörung teilnehmen Wir haben Europa einen Dienst erwiesen. Unser Bündnis hat daher als Zweck die Vorbeugung, nicht aber die Herausforderung, die Ordnung, nicht die Zerstörung.“

Die Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen dieser beiden genialen Staatsmänner der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts war an dem Feuer des täglichen Kampfes zusammengeschweißt. In jenen Jahren vertraute die verantwortliche italienische Politik bedingungslos auf Deutschland; denn Crispi war der festen Überzeugung, daß dessen Politik zum Frieden neigte. „Deutschland, welches in Betreff Italien sicher war, unterstützte dessen Ansehen und Interesse, wo es auch war, noch über den Wortlaut des Bündnisvertrages hinaus.“ (Crispi: Memoiren S. 397).

Mit dem Rücktritt Crispis legte die italienische Politik mehr und mehr jene kräftige aktive Mittelmeerpolitik „ad acta“, die Crispi betrieb und forderte, die einzig und allein den Interessen der Großmacht Italien entspricht, und die von Deutschland wie von Österreich-Ungarn nicht nur gebilligt, sondern allezeit aufs kräftigste unterstützt wurde, und ersetzte diese durch eine von einem großen Teil der Presse propagierte Wiederaufnahme der „Mare-Nostro“-Politik, deren einseitige und selbstische Ausstrahlung mit Naturnotwendigkeit den alten Gegensatz zur habsburgischen Monarchie entsachen mußte, und die in letzter Hinsicht die fortwährenden „Extratouren“ des italienischen Bundesgenossen bedingte.

Crispi ist der ideale Typus des national-italienischen Realpolitikers mit zukunftsstragendem weltpolitischem Weitblick, der auch nach Abschluß des Dreibundes nichts unversucht ließ, Italien an andere Mächte zu fesseln. Solcher Art erfolgte schon bald nach dem Anschluß an den Dreibund die Schwenkung zu England. Crispi hat damit die Grundlage für die „Extratouren“ des italienischen Verbündeten geschaffen; Bismarck hatte, angesichts der damaligen Konstellation der großen Mächte, die italienisch-englische Annäherung gefördert aus der einzigen Erwägung heraus, auch England an den Dreibund heranzuziehen. Sein Einfluß, den er auf die gesamte italienische Politik auszuüben vermochte, war eben ungleich größer und tiefgehender, als dies bei unseren auswärtigen Diplomaten, die dem großen Kanzler folgten, der Fall war. Jedenfalls: Crispi war als Leiter der verantwortlichen Politik von dem aufrichtigen Wunsch befeelt, mit den Verbündeten im Einverständnis zu handeln. Und dieser Wunsch ging ihm über alle Verpflichtungen irgendwelcher anderer Abmachungen. Crispis Nachfolgern fehlt — und das tritt besonders im Laufe des letzten Jahrzehnts immer deutlicher hervor — mehr oder weniger gerade jenes vorurteilslose und klarstichtige Einfühlungsvermögen

in die Konstellationen der Stunde und gleichermaßen jener prophetische weltpolitische Weitblick aus der Sphäre der traditionellen historischen Begebenheiten heraus, der dem großen Staatsmann des modernen Italien eigen war. Sonnino, sein derzeitiger Nachkomme auf der Consulta, ist ein politischer Fanatiker, der von der endlichen Verwirklichung seiner verrückten politischen Ideale auch zur Stunde noch nach wie vor überzeugt und durchdrungen ist. Die Erkenntnis der Endergebnisse dieses Krieges und unser weltpolitisches Interesse werden, wie wir hoffen, der italienischen Politik die wahren Wege weisen, die ihm seine besten Patrioten vorgezeichnet hatten.



Die Vereinigung der Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt

Von Geheimen und Oberregierungsrat Dr. jur. U. Langbein



Am 19. Februar d. Js. hat der Landtag in Rudolstadt und am 9. März d. Js. der Landtag in Sondershausen auf Antrag der Regierung aus seiner Mitte je einen Ausschuß von 6 Mitgliedern gewählt, der unter dem Vorstize des gemeinschaftlichen Staatsministers in Vorberatungen darüber eintreten sollte, „auf welche Weise die Vereinigung der beiden Fürstentümer Schwarzburg zu einem Staate oder wenigstens eine teilweise Vereinigung der Ministerien zu gemeinsamer Behörde und eine gleichmäßige Fortentwicklung der Gesetzgebung in den Schwarzburgischen Landen geschaffen werden kann.“

Die Anregung zu dem Regierungsantrage wurde insbesondere Ende Januar d. Js. von Mitgliedern des Sondershäuser Landtags gelegentlich der Tagung des Landtagsausschusses gegeben. Daß die völlige Vereinigung der seit dem Jahre 1909 durch Erbvertrag wieder unter einem Fürsten vereinigten Fürstentümer notwendigerweise einmal herbeigeführt werden müßte, schon um eine Arbeitsvereinfachung durch Wegfall der doppelten Ausführung der Reichsgesetze und Verordnungen, sowie der zweifachen Anweisung des Bundesratsbevollmächtigten zu erreichen, und um Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen, darüber waren sich alle Einsichtigen seit Jahren klar. Auch würde in einer einheitlichen Verwaltung eine größere Praxis und besseres Einarbeiten in die verschiedenen Gebiete der Verwaltung durch Arbeitsteilung besonders in der inneren Verwaltung (Soziale-, Wirtschafts-, Kommunalfragen usw.) für die Beamten des Ministeriums erzielt werden können. Die sachliche Begrenzung des Arbeitsstoffes würde eine Erweiterung der Erfahrungen und der Gesichtspunkte